



Jenny Gessner

Widerrufsrecht  
und Widerrufsbelehrung  
im deutschen  
und europäischen  
Verbraucherrecht



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
Einleitung .....	1
<b>1. Teil: Das Widerrufsrecht des Verbrauchers als Teil eines Verbraucherschutzes.....</b>	<b>5</b>
<b>A. Notwendigkeit von Verbraucherschutzrecht .....</b>	<b>5</b>
<b>B. Verschiedene Verbraucherrechtskonzeptionen .....</b>	<b>6</b>
I. Liberales Zivilrechtsverständnis .....	6
II. Soziales Zivilrechtsverständnis.....	7
III. Konzeption des deutschen und europäischen Gesetzgebers .....	8
1. Rechtslage in Deutschland.....	8
2. Verbraucherschutzkonzeption des europäischen Gesetzgebers.....	8
<b>C. Das Widerrufsrecht als besonderes Verbraucherschutz-</b>	
<b>instrument .....</b>	<b>9</b>
I. Widerrufsrechte als Instrumentarium des „Informationsmodells“	
und des „Schutzmodells“ .....	9
II. Kategorisierung der Schutzanliegen bei den Widerrufsrechten.....	11
1. Situatives Schutzanliegen .....	11
a) Haustürgeschäfte, § 312 BGB .....	12
b) Auslandsinvestment- und Kapitalanlegergeschäfte,	
§§ 11 Auslandsinvestmentgesetz (AusInvestmG),	
23 Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) .....	12
c) Fernabsatz- und Fernunterrichtsgeschäfte,	
§§ 312 d BGB, 4 Abs. 1 FernUSG .....	13
2. Vertragsbezogenes Schutzanliegen.....	13
a) Verbrauchercreditgeschäfte, § 495 BGB .....	13
b) Teilzeit-Wohnrechteverträge, § 485 BGB.....	14
c) § 505 Abs. 1 BGB, Ratenlieferungsverträge.....	14
III. Kritik an der Einräumung von Widerrufsrechten und	
der Methodik der Typisierung .....	15
<b>D. Historische Entwicklung von verbraucherschützenden</b>	
<b>Widerrufsrechten in Deutschland und Europa .....</b>	<b>16</b>
I. Originär deutsche Ansätze .....	16
1. §§ 11 Abs. 1 AusInvestG und 23 KAGG .....	16
2. § 1 b AbzG (Abzahlungsgesetz) .....	16

3.	§ 4 Abs. 1 FernUSG.....	17
4.	§ 1 HWiG.....	17
II.	Entwicklungen auf der Grundlage des EG-Rechts .....	17
1.	Haustürwiderrufsrichtlinie.....	17
2.	Verbraucherkreditrichtlinie.....	17
3.	Timesharing-Richtlinie .....	18
4.	Fernabsatzrichtlinie .....	19
5.	Fernabsatzrichtlinie für Finanzdienstleistungen.....	19
III.	Integration ins BGB und Fortentwicklung durch die Schuldrechtsreform.....	20
IV.	Die jüngsten Entwicklungen .....	21
<b>E.</b>	<b>Ausgestaltung der Widerrufsrechte im BGB.....</b>	<b>22</b>
I.	Allgemeine Modalitäten bei der Ausübung des Widerrufsrechtes ....	22
1.	Anwendbarkeit.....	22
2.	Widerrufserklärung.....	22
3.	Widerrufsfrist.....	23
4.	Erlöschen des Widerrufsrechtes .....	23
II.	Besondere Modalitäten bei den einzelnen Schuldverhältnissen.....	23
1.	§ 312 BGB, Haustürgeschäfte .....	24
2.	§ 312 d BGB, Fernabsatzverträge .....	25
3.	§ 485 BGB, Teilzeit-Wohnrechteverträge .....	28
<b>F.</b>	<b>Rechtsfolgen des Widerrufs.....</b>	<b>29</b>
I.	Rückgewähr der empfangenen Leistungen.....	29
II.	Verbraucherhaftung bei Untergang oder Verschlechterung empfangener Gegenstände .....	30
1.	Haftung nach allgemeinem Rücktrittsrecht.....	30
2.	Wertersatzverpflichtung infolge bestimmungsgemäßer Ingebrauchnahme.....	31
3.	Wertersatz bei Beachtung eigenüblicher Sorgfalt .....	33
4.	Herausgabe des Ersatzes.....	33
5.	Ausschluss weitergehender Ansprüche .....	33
III.	Sonstige Ansprüche .....	34
IV.	Besonderheiten bei verbundenen Geschäften .....	35
V.	Abweichungen in Spezialvorschriften .....	36
VI.	Besondere Rückabwicklungsmodalitäten .....	36
1.	Auferlegung von Versandkosten oder sonstigen Gebühren .....	36
2.	Rücknahme nur mit Originalverpackung und Rechnung.....	37
3.	Verlangen einer bestimmten Versandart .....	38
4.	Auferlegung der Rücksendegefahr .....	39

<b>2. Teil: Die Widerrufsbelehrung</b> .....	41
<b>A. Informations- und Belehrungspflichten im deutschen Recht</b> .....	41
I. Arten von Informations- und Belehrungspflichten.....	41
1. Nicht vertragsbezogene Informationspflichten .....	41
2. Vertragsbezogene Informationspflichten.....	41
a) Vertragliche Informationspflichten ohne ausdrückliche gesetzliche Anordnung .....	42
b) Ausdrücklich normierte Informations- und Belehrungspflichten .....	43
aa) Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.....	43
bb) Beim Verbrauchsgüterkauf .....	43
cc) Im Mietrecht .....	44
dd) Informationspflichten bei situativer Gefahrenlage oder komplexem Vertragsinhalt .....	44
(1) Anbieterinformationen .....	45
(2) Produktbeschreibungspflichten .....	45
(3) Vertriebsspezifische Informationspflichten.....	45
(4) Rechtsbelehrungspflichten .....	46
3. Staatliche Belehrungspflichten .....	46
a) Strafverfahren.....	46
b) Verwaltungsverfahren.....	47
c) Notarrecht.....	47
II. Informationspflichten als Schutzinstrument bei Verbraucher- verträgen.....	48
1. Allgemeine Zielsetzung der verbraucherrechtlichen Informationspflichten .....	48
2. Informationspflichten im Zusammenspiel mit den Widerrufsrechten .....	48
3. Funktionsweise der Belehrung über das Widerrufsrecht und dessen Rechtsfolgen .....	49
<b>B. Die Widerrufsbelehrung als spezielle Informationspflicht</b> .....	50
I. Vorgaben über die Widerrufsbelehrung und über weitere Informationspflichten im EG-Recht .....	51
1. Haustürwiderrufsrichtlinie.....	51
2. Fernabsatzrichtlinie .....	53
3. Fernabsatzrichtlinie für Finanzdienstleistungen.....	55
4. Timesharing-Richtlinie .....	56
II. Umsetzung in ausgewählten Mitgliedstaaten .....	58
1. Frankreich .....	58
a) Belehrung beim Haustürwiderruf.....	58
b) Belehrung beim Timesharing .....	60
c) Belehrung beim Fernabsatz.....	61

2.	England	62
a)	Belehrung beim Haustürwiderruf	62
b)	Belehrung beim Timesharing	64
c)	Belehrung beim Fernabsatz	67
3.	Spanien	68
a)	Belehrung beim Haustürgeschäft	68
aa)	Rechtliche Regelung bis zum 1. Dezember 2007	68
bb)	Regelung seit der Geltung des Verbraucherschutzgesetzes vom 16. November 2007	69
	(1) Allgemeine Bestimmungen (Art. 69-79)	69
	(2) Haustürgeschäfte (Art. 107-113)	70
b)	Belehrung beim Timesharinggeschäft	71
c)	Belehrung beim Fernabsatz	71
aa)	Rechtliche Regelung bis zum 1. Dezember 2007	71
bb)	Regelung seit der Geltung des Verbraucherschutzgesetzes vom 16. November 2007	72
cc)	Fernabsatzverträge für Finanzdienstleistungen	72
III.	Die Widerrufsbelehrung im deutschen Recht	72
1.	Belehrung über das Bestehen des Widerrufsrechts nach § 355 Abs. 2 BGB	73
a)	Formelle Anforderungen	73
aa)	Textform und Zugang	73
	(1) Zugang in Textform bei E-Mails	74
	(2) Zugang in Textform bei Webseiten	75
bb)	Deutlichkeitsgebot	76
cc)	Sprache	77
b)	Inhaltliche Anforderungen	78
aa)	Name und Anschrift des Widerrufsempfängers	78
bb)	Hinweis auf den Fristbeginn und die Fristlänge	79
cc)	Hinweis auf die Regelung des § 355 Abs. 1 S. 2 BGB	81
dd)	Sonstige zusätzliche Erklärungen	81
c)	Zeitliche Anforderungen	82
aa)	Möglichkeit der Nachbelehrung	82
bb)	Zeitpunkt der Belehrung bei Fernabsatzgeschäften	83
cc)	Möglichkeit der Belehrung vor Vertragsschluss	86
d)	Beweislast	87
2.	Zusätzliche vorvertragliche Information nach Spezialvorschriften	88
a)	Fernabsatzvertrag	88
b)	Timesharing-Vertrag	90
c)	E-Commerce-Vertrag	91

3.	Belehrung über die Rechtsfolgen des Widerrufsrechts nach Spezialvorschriften.....	91
a)	Rechtsfolgenbelehrung bei Haustürgeschäften nach § 312 Abs. 2 BGB.....	92
b)	Rechtsfolgenbelehrung bei Fernabsatzgeschäften, § 312 c Abs. 1, 2 BGB.....	92
c)	Rechtsfolgenbelehrung beim Timesharing-Vertrag, § 485 Abs. 2 BGB, § 2 Abs. 2 Nr. 1 BGB-InfoV.....	94
d)	Rechtsfolgenbelehrung bei verbundenen Verträgen, § 358 Abs. 5 BGB.....	94
4.	Die Musterbelehrung im Anhang 2 zu § 14 BGB-InfoV .....	96
a)	Normzweck, Entstehungsgeschichte und Fortentwicklung der Musterbelehrung .....	96
b)	Kritik an der bis zum 31.03.2008 geltenden Musterbelehrung... 98	
aa)	Ungeeignetheit zum Einsatz im Internethandel.....	99
bb)	Abweichungen vom BGB.....	100
	(1) Widerrufsrecht und Beginn der Widerrufsfrist.....	100
	(a) Angabe einer „ladungsfähigen Anschrift“ .....	100
	(b) Unklarer Hinweis auf den Beginn der Widerrufsfrist.....	101
	(c) Verwirrender Hinweis auf Widerrufsmöglichkeit durch Rücksendung der Sache .....	102
	(d) Kein Hinweis auf ein Nichtbestehen des Widerrufsrechts .....	103
	(2) Widerrufsfolgen .....	103
	(a) Überflüssige Rechtsfolgenbelehrung bei allen Vertragstypen.....	103
	(b) Unklare Belehrung über Wertersatzverpflichtung des Verbrauchers .....	104
	(c) Unsachgerechte Belehrung über Wertersatzpflicht bei bestimmungsgemäßer Ingebrauchnahme der Sache.....	105
	(d) Unklare Belehrung über die Möglichkeit zur Vermeidung der Wertersatzpflicht bei bestimmungsgemäßer Ingebrauchnahme .....	105
	(e) Überflüssiger Hinweis auf Rücksendungspflichten.....	106
	(f) Unklarer Hinweis auf Verzugsregelung gemäß § 286 Abs. 3 BGB .....	107
	(g) Undeutliche Belehrung über Gefahrtragung durch den Unternehmer bei Rücksendung der Sache .....	107
	(h) Erforderlichkeit der Rechtsfolgenbelehrung bei späterer Erbringung der Leistungen.....	108
	(i) Fehlerhafte bzw. unklare Rechtsfolgenbelehrung bei Timesharing-Verträgen.....	109

(j)	Unklare Rechtsfolgenbelehrung bei Fernabsatz- verträgen über Finanzdienstleistungen .....	110
(3)	Besondere Hinweise .....	110
(a)	Überflüssiger Hinweis auf das vorzeitige Erlöschen des Widerrufsrechts nach § 312 d Abs. 3 BGB.....	110
(b)	Überflüssiger Hinweis auf nicht erfolgten Widerruf bei nicht rechtzeitiger Rückzahlung des Darlehens im Falle der Ausübung des Widerrufsrechts nach § 495 Abs. 1 BGB .....	110
(c)	Unzureichende Belehrung über die Erlöschensgründe des Widerrufsrechts .....	111
(4)	Finanzierte Geschäfte .....	111
(a)	Belehrungspflicht bei Widerrufbarkeit des finanzierten Geschäfts .....	111
(b)	Auferlegung des Subsumtionsrisikos bei verbundenen Geschäften.....	112
(c)	Rückabwicklung des finanzierten Geschäftes bei bereits ausgezahltem Darlehen.....	112
c)	Wirksamkeit der bis zum 31.03.2008 geltenden Musterbelehrung.....	113
aa)	Argumente zugunsten der Wirksamkeit .....	114
(1)	Absichtliche Unschärfe .....	114
(2)	Gesetzesrang der BGB-InfoV.....	115
(3)	Besonderer Vertrauensschutz.....	115
bb)	Argumente gegen die Wirksamkeit .....	115
(1)	Verstoß gegen Gesetzesrecht .....	115
(2)	Keine Erlangung von Gesetzesrang durch Fernabsatzänderungsgesetz .....	116
(3)	Verstoß gegen europäische Richtlinien .....	117
cc)	Differenzierende Ansicht .....	118
dd)	Stellungnahme .....	118
d)	Die Musterbelehrung in der ab dem 1. April 2008 geltenden Fassung .....	119
aa)	Entstehungsgeschichte .....	119
bb)	Bewertung der einzelnen Änderungen .....	120
(1)	Problematik der Verwendung des Musters auf Webseiten ..	120
(2)	Korrekturen bei der Belehrung über das Widerrufsrecht und Beginn der Widerrufsfrist.....	120
(a)	Problematik der „ladungsfähigen Anschrift“ .....	120
(b)	Problematik des unklaren Hinweises auf Fristbeginn.....	120
(c)	Problematik des Hinweises auf Widerrufsmöglichkeit durch Rücksendung der Sache .....	122

(d)	Problematik des fehlenden Hinweises auf Nicht- bestehen des Widerrufsrechts.....	122
(3)	Korrekturen bei der Belehrung über die Widerrufsfolgen ..	123
(a)	Problematik der Rechtsfolgenbelehrung bei allen Vertragstypen.....	123
(b)	Problematik der Belehrung über die Wertersatzpflichten des Verbrauchers .....	123
(c)	Problematik der Belehrung über Wertersatzpflicht bei bestimmungsgemäßer Ingebrauchnahme.....	123
(d)	Problematik des Hinweises auf Möglichkeit zur Vermeidung der Wertersatzpflicht bei bestimmungs- gemäßer Ingebrauchnahme .....	124
(e)	Problematik des überflüssigen Hinweises auf Rücksendungspflichten .....	124
(f)	Problematik des unklaren Hinweises auf die Verzugsregelung des § 286 Abs. 3 BGB.....	124
(g)	Problematik der undeutlichen Belehrung über Gefahrtragung durch den Unternehmer bei Rücksendung der Sache .....	125
(h)	Problematik der Rechtsfolgenbelehrung bei späterer Erbringung der Leistungen.....	125
(i)	Problematik der fehlerhaften bzw. unklaren Rechtsfolgenbelehrung bei Timesharing-Verträgen.....	126
(j)	Problematik der unklaren Rechtsfolgenbelehrung bei Fernabsatz-verträgen über Finanzdienstleistungen....	126
(4)	Korrekturen bei den besonderen Hinweisen .....	127
(a)	Problematik des überflüssigen Hinweises auf das vorzeitige Erlöschen des Widerrufsrechts nach § 312 d Abs. 3 BGB .....	127
(b)	Problematik des überflüssigen Hinweises auf nicht erfolgten Widerruf bei nicht rechtzeitiger Rück- zahlung des Darlehens bei Widerrufsrecht nach § 495 Abs. 1 BGB .....	127
(c)	Problematik der unzureichenden Belehrung über die Erlöschensgründe des Widerrufsrechts .....	127
(5)	Korrekturen bei den Hinweisen hinsichtlich finanziert Geschäfte .....	128
(a)	Problematik der Belehrungspflicht bei Widerrufbarkeit des finanzierten Geschäfts .....	128
(b)	Problematik der Auferlegung des Subsumtionsrisikos bei verbundenen Geschäften .....	128



(c)	Problematik der Rückabwicklung des finanzierten Geschäftes bei bereits ausgezahltem Darlehen .....	129
(6)	Der Abdruck von Gesetzestexten .....	130
e)	Der Regierungsentwurf vom 8. November 2008 .....	131
aa)	Inhaltliche Änderungen der Musterbelehrung .....	132
bb)	Gesetzesrang der Musterbelehrung .....	132
f)	Verbesserungsvorschläge für staatliche Belehrungsvorgaben ..	133
aa)	Notwendigkeit staatlicher Musterbelehrungen .....	133
bb)	Alternative Lösungsmöglichkeiten .....	134
(1)	Aufteilung nach Vertragsarten .....	134
(2)	Keine wortgenaue Ausformulierung .....	135
(3)	Widerrufsformulare .....	135
(4)	Erlass in Gesetzesform .....	136
<b>3. Teil:</b>	<b>Sanktionen und Ansprüche bei Belehrungsfehlern .....</b>	<b>137</b>
<b>A.</b>	<b>Notwendigkeit von Sanktionen .....</b>	<b>137</b>
<b>B.</b>	<b>Richtlinienvorgaben .....</b>	<b>138</b>
I.	Haustürwiderrufsrichtlinie .....	138
II.	Fernabsatzrichtlinie .....	139
III.	Fernabsatzrichtlinie für Finanzdienstleistungen .....	139
IV.	Timesharing-Richtlinie .....	140
V.	Zusammenfassung .....	141
<b>C.</b>	<b>Deutsches Recht .....</b>	<b>141</b>
I.	Verlängerte Widerrufsfrist gemäß § 355 Abs. 3 S. 1 BGB .....	142
II.	Fristloses Widerrufsrecht gemäß § 355 Abs. 3 S. 3 BGB .....	142
1.	Regelungsinhalt des § 355 Abs. 3 S. 3 BGB .....	142
2.	Entstehungsgeschichte der Regelung des § 355 Abs. 3 S. 3 BGB .....	143
3.	Erforderlichkeit eines unbefristeten Widerrufsrechts aufgrund von Verbraucherinteressen .....	145
a)	Argumente zugunsten einer unbefristeten Widerrufs- möglichkeit .....	145
b)	Argumente gegen ein unbefristetes Widerrufsrecht .....	146
aa)	Fehlende Schutzbedürftigkeit des Verbrauchers .....	146
bb)	Unzumutbarkeit für den Unternehmer .....	147
cc)	Zumutbarkeit wegen Möglichkeit der nachträglichen Belehrung .....	148
(1)	Zumutbarkeit wegen geringer Widerrufs- wahrscheinlichkeit .....	148
(2)	Lange Widerrufsfrist als milderer Mittel .....	149
(a)	Die 6-Monats-Frist des § 355 Abs. 3 S. 1 BGB a.F. ....	149

	(b)	3 bis 5-Jahres Frist .....	151
	(c)	Die 10-Jahres-Frist des § 124 Abs. 3 BGB .....	151
	(3)	Verschiedene Fristen bei Einmal- und Dauerschuldverhältnissen .....	151
	(4)	Gleichlauf mit Mängelgewährleistungsfristen .....	152
	c)	Stellungnahme .....	153
III.		Verwirkung des Widerrufsrechts .....	156
IV.		Haftungsmilderungen bei der Rückabwicklung .....	158
<b>D.</b>		<b>Recht der Mitgliedstaaten</b> .....	158
I.		Nichtigkeit des Vertrages .....	158
	1.	Frankreich .....	158
	2.	England .....	159
	3.	Spanien .....	159
II.		Verlängerung der Widerrufsfrist .....	160
	1.	Frankreich .....	160
	2.	England .....	160
	3.	Spanien .....	161
III.		Geld- oder Gefängnisstrafen .....	161
	1.	Frankreich .....	161
	2.	England .....	162
	3.	Spanien .....	162
IV.		Gemilderte Haftung des Verbrauchers bei der Rückabwicklung .....	162
<b>E.</b>		<b>Bewertung der verschiedenen gesetzlichen Sanktionen</b> .....	162
I.		Richtlinienkonformität der mitgliedstaatlichen Regelungen .....	162
	1.	Verlängerung der Widerrufsfrist .....	163
	2.	Nichtigkeit des Vertrages .....	163
	3.	Strafrechtliche Konsequenzen/Haftungsmilderungen .....	164
II.		Effektivität und Zweckmäßigkeit der Sanktionsmaßnahmen .....	165
	1.	Verlängerung der Widerrufsfrist .....	165
	a)	Verlängerung für einen begrenzten Zeitraum .....	165
	b)	Unbefristetes Widerrufsrecht .....	166
	2.	Nichtigkeit des Vertrages .....	167
	3.	Strafrechtliche Konsequenzen .....	168
	4.	Haftungsmilderungen .....	169
III.		Zusammenfassung und Stellungnahme .....	170
<b>F.</b>		<b>Ansprüche der Verbraucher, Wettbewerber und sonstigen Einrichtungen bei Belehrungsfehlern</b> .....	172
I.		Ansprüche der Verbraucher .....	172
	1.	Anspruch auf Einhaltung der Informations- und Belehrungspflichten .....	172
	2.	Schadensersatzanspruch .....	173
	a)	Die Problematik der sog. „Schrottimobilienfälle“ .....	173

aa)	Das Heininger-Urteil des EuGH.....	174
bb)	Die Urteile Schulte und Crailsheimer Volksbank.....	175
b)	Haftung der Kreditinstitute wegen unterlassener/ fehlerhafter Widerrufsbelehrung .....	178
aa)	Vorschläge der Literatur .....	178
(1)	Analoge Anwendung der § 9 Abs. 2 VerbrKrG bzw. § 358 BGB („Verbundene Geschäfte“) .....	178
(2)	Schadensersatz aus Verschulden bei Vertragsschluss (§§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 Nr. 1 BGB) .....	180
(a)	Widerrufsbelehrung als Rechtspflicht.....	180
(b)	Verschulden des Kreditinstituts.....	181
(c)	Kausalität der unterlassenen Widerrufsbelehrung für den entstandenen Schaden.....	181
(d)	Beweislast für das Nichtzustandekommen des Immobilien geschäfts .....	183
(e)	Schutzzweck der Belehrungspflichten.....	185
bb)	Die Umsetzung der Vorgaben des EuGH durch den BGH...	186
(1)	Ablehnung der „Verbundgeschäftslösung“.....	186
(2)	Schadensersatz wegen Aufklärungspflichtverletzung.....	186
(3)	Kritik.....	187
cc)	Stellungnahme .....	188
c)	Übertragbarkeit der EuGH-Vorgaben auf andere Verbraucher- verträge.....	190
3.	Anfechtung des Vertrages wegen arglistiger Täuschung, § 123 BGB .....	191
4.	Sonstige Ansprüche .....	191
II.	Wettbewerbsrechtliche Unterlassungs- und Beseitigungs- ansprüche gemäß § 8 Abs. 1, Abs. 3 UWG.....	192
1.	Anspruchsberechtigte .....	192
2.	Anspruchsgegner .....	193
3.	Anspruchsvoraussetzungen .....	194
a)	Wettbewerbsverstoß .....	194
b)	Beim Unterlassungsanspruch: Begehungsgefahr.....	195
c)	Beim Beseitigungsanspruch: Fortdauernder Störungszustand..	195
d)	Keine Missbräuchliche Geltendmachung .....	195
4.	Rechtsfolgen .....	196
5.	Prozessuales .....	197
a)	Abmahnung und Unterwerfung gemäß § 12 Abs. 1 UWG .....	197
b)	Sachliche Zuständigkeit der Landgerichte gemäß § 13 UWG .	198
c)	Örtliche Zuständigkeit gemäß § 14 UWG .....	198
d)	Einigungsstellen gemäß § 15 UWG.....	198

III.	Kollektivrechtliche Ansprüche nach dem Unterlassungs- klagengesetz.....	198
1.	Anspruchsberechtigte .....	199
2.	Anspruchsgegner .....	199
3.	Anspruchsvoraussetzungen .....	200
a)	§ 1 UKlaG .....	200
b)	§ 2 Abs. 1 UKlaG .....	200
4.	Rechtsfolgen .....	202
5.	Prozessuales .....	202
IV.	Effektivität der wettbewerbs- und kollektivrechtlichen Unterlassungsansprüche.....	203
<b>G.</b>	<b>Ansprüche gegen den Staat wegen Rechtswidrigkeit der Musterbelehrung .....</b>	<b>204</b>
I.	Amtshaftungsanspruch gemäß §§ 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG .....	204
1.	„jemand in Ausübung eines öffentlichen Amtes“ .....	204
2.	Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht .....	205
3.	Rechtswidrigkeit der Amtspflichtverletzung .....	208
4.	Verschulden.....	208
5.	Schaden/ Kausalität .....	208
a)	Schäden der Verbraucher.....	208
b)	Schäden der Unternehmer .....	209
aa)	Verlust des Marktwertes .....	209
bb)	Anwalts- und Gerichtskosten.....	210
cc)	Mitverschulden der Unternehmer gemäß § 254 BGB? .....	211
c)	Schäden der Konkurrenten und Verbraucherverbände.....	211
II.	Gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch .....	212
1.	Anspruchsberechtigte .....	213
2.	Inhalt und Bestimmbarkeit der Rechte .....	213
3.	Kausalzusammenhang .....	214
<b>4. Teil:</b>	<b>Vereinheitlichungstendenzen in der Europäischen Union .....</b>	<b>215</b>
<b>A.</b>	<b>Keine einheitlichen Richtlinienvorgaben .....</b>	<b>215</b>
I.	Erfordernis der Vereinheitlichung der regulären Widerrufsfristen und der Anforderungen an die Widerrufsbelehrung .....	216
1.	Einheitliche Vorgaben über die Widerrufsfrist .....	216
2.	Einheitliche Vorgaben über die Widerrufsbelehrung.....	217
II.	Erfordernis der Vereinheitlichung der Sanktionsmaßnahmen bei Belehrungsverstößen.....	218
1.	Verstoß gegen die Belehrung über das Widerrufsrecht .....	218
2.	Verstoß gegen weitere vorvertragliche Informationspflichten .....	220
<b>B.</b>	<b>Uneinheitliche Regelungen im Binnenmarkt .....</b>	<b>220</b>

<b>C. Vorschläge der EU-Kommission</b> .....	222
I. Das Grünbuch zur Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Verbraucherschutz.....	223
1. Zielvorstellungen .....	223
2. Vorgeschlagene Rechtsinstrumente .....	223
3. Harmonisierungsgrad.....	225
II. Der neue EU-Richtlinienentwurf über die Rechte der Verbraucher	225
1. Rechtsinstrument und Harmonisierungsgrad .....	225
2. Einzelne Regelungsmaterien .....	226
a) Informationspflichten .....	227
b) Widerrufsfrist und Ausübung des Widerrufs.....	228
c) Rechtsfolgen des Widerrufs .....	228
d) Sanktionen für Belehrungsfehler.....	229
e) Ausnahmen vom Widerrufsrecht.....	229
III. Das Grünbuch über kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher .....	230
1. Zielvorstellungen .....	230
2. Realisierungsoptionen .....	231
IV. Stellungnahme zu den Vorschlägen der EU-Kommission .....	232
1. Horizontaler Ansatz .....	232
2. Grad der Harmonisierung .....	234
3. Einzelne Regelungen des Richtlinienentwurfes .....	237
a) Informationspflichten .....	237
b) Widerrufsfrist und Ausübung des Widerrufs.....	239
c) Rechtsfolgen des Widerrufs .....	241
d) Sanktionen für Belehrungsfehler.....	243
e) Ausnahmen vom Widerrufsrecht.....	245
4. Kollektive EU-weite Rechtsdurchsetzungsverfahren.....	246
 <b>Ergebnis</b> .....	 249
 <b>Anhang 1: Muster-Widerrufsbelehrung in der vom 08.12.2004 bis 31.03.2008 geltenden Fassung</b> .....	 253
<b>Anhang 2: Muster-Widerrufsbelehrung in der ab dem 01.04.2008 geltenden Fassung</b> .....	256
<b>Anhang 3: In der Praxis vorkommende Belehrungsfehler</b> .....	260
<b>A. Fehler bei der Belehrung über Fristbeginn und Fristlänge</b> .....	260
I. Frist geknüpft an Erhalt der Ware, Vertragschluss, Rechnungsdatum etc. nicht der Belehrung .....	260

II.	Keine Aufklärung über Textformerfordernis der Widerrufsbelehrung.....	262
III.	Unbestimmte Belehrung über den Fristbeginn.....	262
IV.	Fehlerhafte Belehrung über Fristlänge.....	263
<b>B.</b>	<b>Fehler bei der Belehrung über die Vorgaben zur Ausübung des Widerrufsrechts in § 355 Abs. 1 S. 2 BGB.....</b>	<b>263</b>
I.	Kein Hinweis darauf, wie die Widerrufsfrist gewahrt werden kann .....	264
II.	Fehlerhafte Formvorgaben für Widerruf.....	264
<b>C.</b>	<b>Fehler bei der Belehrung über die Rechtsfolgen des Widerrufs ...</b>	<b>265</b>
I.	Die Rücksendung der Sache .....	265
1.	Fehlerhafte Belehrung über EUR 40,00-Regelung .....	266
2.	Auferlegung der Rücksendekosten.....	266
3.	Verlangen einer bestimmten Versandart .....	267
4.	Verlangen einer vorherigen Absprache der Rücksendung.....	268
5.	Fehlerhafte Gefahrtragungsregel .....	269
6.	Bestimmung eines Zeitpunktes für die Rücksendung .....	269
7.	Verlangen der Rücksendung in Originalverpackung.....	270
8.	Verlangen der Beifügung der Rechnung.....	270
II.	Einschränkung der Rückerstattungspflichten des Unternehmers ....	270
1.	Ausschluss bestimmter Gebühren von der Rückerstattung.....	270
2.	Auferlegung der Hinsendekosten oder e-Bay-Gebühren .....	271
3.	Begründung einer Vorleistungspflicht für den Verbraucher .....	272
III.	Ausweitung der Wertersatzpflichten des Verbrauchers .....	272
1.	Fehlerhafte Belehrung über Wertersatzpflicht bei bestimmungs- gemäßer Ingebrauchnahme der Sache.....	272
2.	Bemessung der Wertersatzpflichten durch Schadenspauschalen .....	273
IV.	Begründung eines generellen Aufwendungsersatzanspruches .....	274
<b>D.</b>	<b>Unzulässiger Ausschluss des Widerrufsrechts .....</b>	<b>274</b>
I.	Fehlerhafte Belehrung über Ausschluss des Widerrufsrechts nach § 312 d Abs. 4 BGB.....	274
II.	Ausschluss des Widerrufsrechts für in Gebrauch genommene Sachen .....	277
III.	Fehlerhafte Belehrung über das Erlöschen des Widerrufsrechts bei Dienstleistungen gemäß § 312 d Abs. 3 Nr. 2 BGB .....	278
IV.	Sonstige unzulässige Zusätze, mit denen das Widerrufsrecht eingeschränkt wird .....	278
<b>E.</b>	<b>Fiktion der ordnungsgemäßen Belehrung .....</b>	<b>279</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>		<b>281</b>